antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 77 Oktober 2012

Runder Tisch mit Ministerin Anke Spoorendonk in Kiel

Diskussion über Gedenkstättenarbeit neu eröffnet



Ministerin Anke Spoorendonk

Schleswig-Holsteins neue Ministerin für Justiz, Kultur und Europa Anke Spoorendonk (SSW) fand beim Runden Tisch zur Zukunft der Gedenkstättenarbeit im Lande, der in Kiel tagte, klare Worte. Sie sprach ja auch nicht wie eine Blinde von der Farbe. Schon als Landtagsabgeordnete und Mitglied des Freundeskreises der KZ Gedenk- und Begegnungsstätte gehörte sie zu denen, die sich für die Förderung der Gedenkstättenarbeit einsetzten. Daher betrachteten alle, die sich am Runden Tisch zusammen fanden, allein schon die Tatsache, dass dieses Thema in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt wird, als hoffnungsvolles Signal für die Zukunft. Anke Spoorendonk unterstrich in ihrer Begrüßungsrede ausdrücklich ihren Standpunkt: „Erinnerung und Umgang mit der NS-Vergangenheit unseres Landes sind für unsere Demokratie von existentieller Bedeutung. In Schleswig-Holstein gilt das noch mehr als andernorts, weil wir in den Jahren nach 1945 eine zweite braune Vergangenheit haben, die es auch in den Blick zu nehmen gilt… Dieses Wissen zu sichern und seine Vermittlung mit Blick auf die jüngeren Generationen weiterzuentwickeln, ist eine Aufgabe, der wir uns gemeinsam stellen müssen.“ Ihr sei völlig klar, dass sich das Land Schleswig-Holstein in der Vergangenheit „nicht gerade durch Übereifer ausgezeichnet hat“. Diesen Gedanken unterstrich auch Prof. Dr. Gerhard Fouquet von der Bürgerstiftung Schleswig-Holstein, der in einem Impulsreferat zu folgender Einschätzung kam: „Gedenkstättenpolitik in Schleswig-Holstein war lange Zeit ein geschichtspolitisches und erinnerungskulturelles Nullum, ein Ärgernis ersten Ranges.“



Gründungsmitglieder der LAG-Sh: Harald Schmid, Karin Penno-Burmeister, Jens Rönnau, Uta Körby, Christian Walda, Wilhelm Lange (von links)

Für diese Einschätzungen erhielten die Kulturministerin und der Sprecher der Bürgerstiftung starken Beifall. Alle die am Runden Tisch Platz nahmen wussten ein Lied davon zu singen. In der Diskussion beklagten sie die eklatante Unterfinanzierung der Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein. Das Gedenkstättenbudget des Landes läge heute bei 2 % des niedersächsischen und 5 % des hamburgischen Budgets. Eine Lösung des Problems sei aber nur in kleinen Schritten zu erreichen. In diesem Zusammenhang wies Staatssekretär Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer auf die außerordentlich schwierige Haushaltslage und den Verteilungskampf mit anderen Politikfeldern hin. Es könne nicht erwartet werden, dass alle Bedarfe und Projekte landesseitig und vor allem gleichzeitig finanziert werden könnten. Der Staatssekretär mahnte ein striktes gemeinsames Vorgehen, die Entwicklung von Entscheidungskriterien und das Denken in Zeitfolgen an, um trotz der Rahmenbedingungen zu guten Ergebnissen zu kommen.

Wie im Einzelnen vorgegangen werden muss und welche Bedeutung die einzelnen Projekte haben, darüber gab es nach dem Protokoll unterschiedliche Meinungen. Konkret muss auch das Verhältnis von hauptamtlicher Arbeit und dem Ehrenamt klarer diskutiert werden. Das gilt auch für den Stellenwert der kleinen, ehrenamtlich betriebenen Gedenkstätten vor dem Hintergrund der Großprojekte an der Westküste wie Neulandhalle und Ladelund. Ministerin Spoorendonk schlug die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vor, in der über diese und weitere Fragen diskutiert werden solle. Die Arbeitsgruppe solle auch dazu dienen, das nächste Treffen des Runden Tisches vorzubereiten.

Der Landesvorstand Schleswig-Holstein der VVN-Bund der Antifaschisten begrüßt die Einrichtung eines Runden Tisches und wird die Diskussion konstruktiv begleiten.

Redaktion „ar“

Kommentar

Immer wenn sich Bundesinnenminister Friedrich (CSU) dumm und dreist zum Thema Neofaschismus äußert, sträuben sich jedem einigermaßen aufgeklärten Menschen die Haare. Selbst in den eigenen Reihen tippen sich manche vielsagend an die Stirn und erklären Friedrich für fachlich absolut inkompetent. Das mag stimmen oder nicht, nur: dieser Mann ist nicht irgendein erzkonservativer parlamentarischer Hinterbänkler sondern Bundesinnenminister. Das heißt, er verfügt über Macht und Einfluss. Was er von sich gibt, muss leider ernst genommen werden. Das betrifft auch seine jüngste „Warnung" vor einer Unterwanderung des Ostens durch Neonazis. Was ihm Sorge bereite, so Friedrich, sei der Versuch der Neonazis „zivilgesellschaftliches Leben" für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dass die NPD zum Beispiel die soziale Not von Hartz IV-Familien ausnutzt, um Sympathisanten und Unterstützer zu gewinnen, ist zwar ein alter Hut, aber wenn Friedrich das heute erst auffällt, ist der Fernsehzuschauer, Radiohörer und Leser trotzdem darauf gespannt, welche Maßnahmen der Minister vorschlägt, dieser Gefahr zu begegnen. Eine Antwort erfolgte prompt: Ein NPD-Verbot lehne er weiterhin ab. In dieser Frage stellte er sich gegen Thüringens Ministerpräsidentin Lieberknecht (CDU), Innenminister Caffier (Mecklenburg/ Vorpommern) und Sachsens Ministerpräsident Tillich. die sich für ein NPD-Verbot aussprechen. Alle drei wissen nämlich viel besser als der Bundesinnenminister über die reale Situation Bescheid, denn sie haben mit den Nazi-Agitatoren vor ihrer Haustür direkt zu tun.

Innenminister Friedrich gibt auch die Gründe an, die ihn „umtreiben", um vor den Neonazis zu warnen. Deutschland sei ein exportorientiertes Land, und wir könnten uns Ausländerfeindlichkeit überhaupt nicht leisten. Nicht aus den allgemeinen Grundsätzen der UN-Charter der Menschenrechte oder aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, formuliert als Lehre aus dem deutschen Faschismus, schöpft Friedrich also seine Meinung, sondern aus den möglichen negativen Folgen für die deutsche Wirtschaft.

Friedrich steht in der Tradition früherer Innenminister der Bundesrepublik Deutschland. Ein Mann wie Hermann Höcherl (Innenminister von 1961-65) zum Beispiel ist mit dem Satz in die Geschichtsbücher eingegangen, die Beamten des Bundesamtes für Verfassungsschutz könnten nicht dauernd mit der Verfassung unter dem Arm durch das Land laufen. Ähnliche Äußerungen wären auch Friedrich durchaus zuzutrauen, sie passten zu dem NSU-Sumpf, in den die Verfassungsschutzämter bis zum Hals tief eingesunken sind. Friedrichs Pech ist, dass er sich wegen der fortlaufenden Enthüllungen über die Verstrickung der Geheimdienste in die neonazistische Mordszene nicht mehr so recht seinem Lieblingsthema widmen kann: der Bekämpfung des Linksextremismus. All die schönen Projekte, die sich Friedrich und seine rechtskonservativen Freunde in CDU und CSU ausgedacht haben, liegen auf Eis. Der Innenminister muss sich nach innen und außen gegen die Vorwürfe verteidigen, die Bundesrepublik Deutschland habe den Aufstieg der Neonaziszene durch ihre Politik der Verharmlosung und Vertuschung erst ermöglicht. 1990 wollten die vermeintlichen „Sieger der Geschichte" in Deutschland sogar den Begriff Antifaschismus aus dem allgemeinen politischen Sprachgebrauch tilgen, weil er ein Kampfbegriff der Linken sei. Friedrich gehört mit großer Wahrscheinlichkeit zu denen in jenem rechtskonservativen Spektrum, das nur auf den Tag wartet, an dem sie wieder „gegen die wahren Systemfeinde" vorgehen können, die wie immer in der deutschen Politik politisch links gesehen werden. *Günther Wilke*

Wedel: Neue Gedenktafel am KZ-Gedenkstein

Nur eine kurze Zeit, vom 13. September bis zum 20. November 1944, gab es in Wedel ein Außenlager des KZ Neuengamme, zuerst belegt mit 500 Frauen, später mit 500 Männern, die in der Sülldorfer Feldmark am Rande Hamburgs unter unmenschlichen Bedingungen zum Bau von Panzergräben eingesetzt wurden. In dieser kurzen Zeit starben im Lager Rissener Straße 28 Häftlinge an Krankheit, totaler Erschöpfung und an den Folgen brutaler Übergriffe von KZ-Aufsehern.

Bis in die jüngste Zeit gelang es dem Arbeitskreis gegen Rechtsradikalismus der Stadt Wedel und der Wedeler Gruppe der VVN-Bund der Antifaschisten nur mühsam, die Namen der Opfer zu recherchieren und zur bleibenden Erinnerung und Mahnung festzuhalten. Am 30. September 2012 enthüllte Wedels Stadtpräsidentin Sabine Lüchau (CDU) am KZ-Gedenkstein eine Tafel, auf der alle Opfer genannt werden. 13 von ihnen stammen aus dem niederländischen Ort Putten, dessen sämtliche männlichen Einwohner von der SS in einer so genannten Vergeltungsaktion in deutsche Konzentrationslager verschleppt wurden. Die anderen Opfer des KZ Außenlagers Wedel waren Kriegsgefangene aus den Republiken der Sowjetunion und aus Polen.

Stadtpräsidentin Sabine Lüchau nahm die Einweihung der neuen Namenstafel vor

Die neue Tafel ersetzt eine vorherige, die nur die Namen der zu Tode gebrachten Niederländer erfasste. Der Arbeitskreis der Stadt Wedel und die VVN-Bund der Antifaschisten werden nach den Worten von Schulleiterin i.R. Irmgard Jasker, die für die Initiatoren der neuen Namenstafel sprach, ihre Gedenkstättenarbeit fortsetzen, um das furchtbare Geschehen stets im Bewusstsein der Öffentlichkeit wach zu halten.

„Responsibility to protect – Schutzverantwortung der UNO"!

Eine Begründung für neue Kriege? Oder Verteidigung der Menschenrechte?

Die Auseinandersetzung über die UN Resolutionen zu Libyen und gegenwärtig zu Syrien haben den Streit über die Legitimation militärischer Interventionen auf Grundlage des Konzepts der Responsibility to protect neu in die öffentliche Debatte gebracht. Zu Libyen, weil zum ersten mal der UN Sicherheitsrat sich ausdrücklich auf dieses Konzept bezogen hat. Zu Syrien, weil China und Russland durch ihr Veto bisher alle Resolutionen verhindert haben.



Prof. Dr. Norman Paech am 31.8.2012 vor 63 BesucherInnen auf der Bündnisveranstaltung von VVN-BdA, amnesty international, terre des hommes und attac in Lübeck Foto: Lore Meimberg

Dabei geht es z.B. um Vorwürfe an den Sicherheitsrat:

Die Unfähigkeit des Rates, Maßnahmen zu ergreifen z.B. Gadafi zu entfernen und

Die Unfähigkeit, die Grenzen seines Mandats gegenüber den NATO-Staaten durchzusetzen.

Die Resolution zu Libyen z.B. enthielt nicht Rebellengruppen (zudem noch vom Ausland gesteuert) mit Waffen auszurüsten und einen Sturz der Regierung (regimechange) herbeizuführen.

Das „European Union Institute for Security Studies (EUISS)" EU-Institut für Sicherheitsstudien spricht sich sogar für eine Ausdehnung der „humanitären Intervention" über die Grenzen der UN-Charta hinaus. Es fordert sogar militärische Interventionen ohne UN-Mandat.

Das Institut gehört zu den wichtigsten Thinktanks der EU zu Sicherheitsfragen und berät die EU Gremien sowie die einzelnen Regierungen in der EU.

Das Konzept „Responsibility to protect – Schutzverantwortung der UNO"

Die Idee der „humanitären Interventionen" ist alt. Sie stand z.B. Pate bei der Resolution über eine Flugverbotszone 1991 gegen den Irak zum Schutz der Kurden im Nord Irak. Sie bezog sich auf eine rein innerstaatliche Situation. Es war kein Mandat zum militärischen Eingreifen, akzeptierte aber, dass britische und US-amerikanische Flugzeuge diese Zone überwachten. Das war ein schwerer Eingriff in die Souveränität.

Ein Konzept wurde allerdings erst im Jahr 2000 entwickelt auf Initiative des kanadischen Außenministers durch die „Commission on Intervention and State Sovereignty" (ICISS) (Kommission für Intervention und staatliche Souveränität).

Die Brisanz der Fragestellung ist, dass die wichtigsten Grundsätze der UN Charta das Gewalt- bzw. Interventionsverbot und das Gebot der Nichteinmischung bzw. Souveränitätsprinzip hier berührt werden. Die Souveränität schützt einen Staat vor jeglicher ausländischer Intervention, wenn er nicht den internationalen Frieden bedroht. Das ist bei Libyen und bei Syrien nicht der Fall.

Der Anlass war der NATO-Überfall auf Jugoslawien 1999.

Diesen Krieg der NATO gegen einen Staat, der sie nicht angegriffen hatte und für den die NATO nicht einmal ein Mandat beim Sicherheitsrat nachgesucht hatte, sah der damalige Generalsekretär Kofi Annan als schwere Niederlage an. Es war die totale Missachtung der UNO mit einer windigen und völkerrechtlich höchst zweifelhaften Rechtfertigung als „humanitäre Intervention", die ihn veranlasste, nach Alternativen zu suchen. Er wollte das Verhältnis von Souveränität und Intervention bestimmen lassen, um eine wirksame Reaktion auf humanitäre Notstände zu ermöglichen. Gleichzeitig wollte er die Ausschaltung des UN-Sicherheitsrats in zukünftigen Fällen verhindern."

Zentrale These:

„…[dass] souveräne Staaten eine Verantwortung haben, ihre eigenen Bürger vor vermeidbaren Katastrophen – vor Massenmord und Vergewaltigung, vor Hunger – zu schützen, dass aber, wenn sie nicht willens oder nicht fähig dazu sind, die Verantwortung von der größeren Gemeinschaft der Staaten getragen werden muss." (ICISS, 2001, S. VIII).

Das Abschlussdokument der UN-Generalversammlung

auf einem World Summit 2005 als politisches Programm:

„Die internationale Gemeinschaft hat durch die Vereinten Nationen auch die Pflicht, diplomatische, humanitäre und andere friedliche Mittel nach den Kapiteln VI und VIII der Charta einzusetzen, um beim Schutz der Zivilbevölkerung vor Mord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit behilflich zu sein.

In diesem Zusammenhang sind wir bereit, im Einzelfall und in Zusammenarbeit mit den zuständigen regionalen Organisationen rechtzeitig und entschieden kollektive Maßnahmen über den Sicherheitsrat im Einklang mit der Charta, namentliche Kapitel VII, zu ergreifen, falls friedliche Mittel sich als unzureichend erweisen und die nationalen Behörden offensichtlich dabei versagen, ihre Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen…." (Ziffer 139)

Fortsetzung Seite 4 unten

Offener Brief

der Kieler Gruppe der IPPNW (Internationale ÄrztInnen zur Verhütung des Atomkrieges / ÄrztInnen in sozialer Verantwortung) an den Kieler Oberbürgermeister (gekürzt):

Sehr geehrter Herr Dr. Albig

Als Mitglieder der Kieler Gruppe der IPPNW sind wir entsetzt, mit welcher Selbstverständlichkeit in der Presse über die Lieferung von – bei HDW gebauten – U-Booten an Israel berichtet wird. Insbesondere empört uns, dass die Ausstattung dieser U-Boote für Nuklearraketen in keiner Weise problematisiert wird.

Kiel ist Mitglied der Mayors for peace, worauf wir stolz sind und erleichtert, weil sich damit Kiel dem Grundsatz dieser Vereinigung verpflichtet, „der Bedrohung durch Atomwaffen ein Ende zu bereiten und sich weltweit für deren Ächtung und Abschaffung einzusetzen". … Diese Lieferung von Waffen in das hochexplosive Spannungsgebiet Nahost verstößt gegen das Grundgesetz (Art. 26) und trägt zur weiteren Eskalation der akuten Kriegsgefahr bei. …

Deutschland als „Europameister im Waffenexport" ist wieder dabei, in der Welt als Kriegstreiber wahrgenommen zu werden. …Der Einfluss der Waffenlobby auf unsere Politik und Wirtschaft ist besorgniserregend. Zum Erhalt von Arbeitsplätzen macht Kiel sich abhängig von der Waffenlobby und mitschuldig an der Gefahr, Krisen durch kriege lösen zu wollen.

Wir möchten Sie deshalb um eine Stellungnahme zu unseren Bedenken bitten sowie um eine Beantwortung der Frage, welche Anstrengungen Sie unternehmen wollen, um im Sinne von „Schwertern zu Pflugscharen" eine ernsthafte Rüstungskonversion in allen für die Rüstungsindustrie arbeitenden Betrieben in Kiel und in Schleswig-Holstein anzustreben, wie es Ihrer Verantwortung als „Bürgermeister für den Frieden" entspricht".

(Unterzeichnet ist dieser offene Brief von 15 Professoren, Ärzten und Psychologen in S-H.)

„Skandale in Schleswig-Holstein"

Schüler des Ludwig-Meyn-Gymnasiums haben mit ihrem Geschichtslehrer Sönke Zankel ihr drittes Buch veröffentlicht. 2009 kam die erste Veröffentlichung „Uetersen im Nationalsozialismus" heraus, ein Jahr später das Buch „Uetersen und die Nationalsozialisten".

In beiden Bänden sind neue Forschungsergebnisse von den Schülern erarbeitet und dokumentiert worden, so z.B. über den schon im Juli 1932 ausgeübten Terror gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, über den Euthanasie-Arzt Kurt Borm, oder die Zeitung „Uetersener Nachrichten" in den Jahren 1933-45.

Das sind nur einige Beispiele aus den beiden lesenswerten Büchern.

Im jüngsten Werk einiger Schüler der Abschlussklassen geht es um „Skandale in Schleswig-Holstein". Die Mädchen und Jungen nahmen am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten teil, der als Themenvorgabe „Ärgernis, Aufsehen, Empörung: Skandale in der Geschichte" hatte. Es ging um Forschungen zur Lokal- und Regionalgeschichte. Die Beiträge der Uetersener Schüler wurden nun mit weiteren von anderen Schülern aus Schleswig-Holstein in einem Band zusammengefasst.

„Uetersen im Nationalsozialismus", ISBN 978-3-88312-416-2,
„Uetersen und die Nationalsozialisten", ISBN 978-388312-4179
„Skandale in Schleswig-Holstein, ISBN 978-388312-4193

Nordkonferenz 2013 – 1. März bis 3.März

Samstag ab 9.30
vormittags: Thema „Militarismus – Militarisierung der Jugend"
mit Monty Schädel politischer Geschäftsführer der DFG-VK
Samstagnachmittag „Nazis und Gewalt – Rechtsterrorismus und Verstrickungen der Politik" mit der Sprecherin im Landtag Thüringen der LINKEN Martina Renner
Nachmittags: Diskussionsrunde über „Naziaufmärsche verhindern – blockieren" mit Conny Kehrt VVN Hamburg, Monty Schädel aus Rostock, Olaf Meyer Antifaschistische Aktion Lüneburg.
Sonntag
Austausch und Verabredungen
Samstag abends Kulturprogramm
Anmeldung bei Lore Meimberg Tel. 04543 7107 oder
Email: LoBeMeimberg@t-online.de
Das ausführliche Programm folgt.

Fortsetzung von Seite 3

Zivile Prävention hat den Vorrang

Zusammenfassung:
Der Hinweis „im Einklang mit der Charta" besagt, wer und wann und ob überhaupt zu einer militärischen Intervention berechtigt ist, entscheidet alleine der UN Sicherheitsrat.

Kriterien: 1. ein gerechter Grund; 2. eine rechte Absicht; 3. die militärischen Maßnahmen als letztes Mittel, 4. die Verhältnismäßigkeit der Mittel; 5. eine richtige Instanz für die Autorisierung der militärischen Intervention und 6. von dem jeweiligen Staat muss eine Gefährdung des internationalen Friedens ausgehen.

Der UN-Sicherheitsrat hat immer, und so lautetet auch der Bericht der Kommission, primär das Gewicht auf Maßnahmen der zivilen Prävention gelegt. Die FAZ am 22.9.1999 über das Anliegen Kofi Anans „Sein Anliegen ist die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, nicht die machtpolitische und interessengeleitete Intervention dieser oder jener Staaten"

Es ist nicht die UN als solche, die oft zivile Prävention verhindert, sondern einige besonders mächtige Mitglieder. Dieses ist aktuell bei dem Krieg in Syrien der Fall, wo der Plan von Kofi Annan von den „Interventionsmächten" zu Falle gebracht wurde.

Bernd Meimberg
in Anlehnung an die Ausführungen von Prof. Dr. Norman Paech

Konferenz in Berlin – Die Zweite Generation 12./13.10.2012

Mit meiner Unterschrift der Erklärung „Kinder des Widerstandes“ der VVN-BdA-NRW, die auf Initiative von vier Frauen, alle Töchter von Widerstandskämpfern und -kämpferinnen entstand, habe ich erste Kontakte zu den Frauen aufgenommen. Trotz unterschiedliche Biografien waren unsere Erfahrungen ähnlich.



Auf dem Weg zur Konferenz: Sylvia Gingold (l) und Alice Czyborra geb. Gingold
Foto: Christel Pieper

Uns eint die politische Arbeit unserer Eltern, die gegen das Naziregime gekämpft haben und als Kommunisten auch nach dem Krieg wieder Repressalien, Gefängnis und Berufsverbot ausgesetzt waren sowie eine Verpflichtung, das Lebenswerk und den Kampf der Eltern weiterzutragen und zu Zeugen der Zeitzeugen zu werden.

Ich sitze seit einem Jahr an den Recherchen für meinen Vater Christian Joost, der 10 Jahre KZ und Haft erlitten hat, und zu den eigenen Dokumenten sind Antworten aus Börgermoor, Plötzensee, Sachsenhausen und Flossenbürg hinzu gekommen. Mal bin ich schon fast Historikerin, dann doch wieder ganz Tochter, die den geschundenen Rücken des Vaters vor Augen hat und im Wechsel leidet – mitleidet oder wütend wird.

Die Konferenz „Die Zweite Generation – Kinder von antifaschistischen Widerstandskämpfern und Emigranten“, zu der die Berliner VVN-BDA, die Helle Panke und die Rosa Luxemburg Stiftung eingeladen hatte, riss mich endlich mal aus meiner Isolation des Recherchierens heraus.

Allein schon die Zugfahrt war ein anregendes Erlebnis für Auge und Stimmung. Die Konferenz wurde zu einer aufregenden, rasanten Fahrt in die Vergangenheit verschiedenster Menschen, aber auch in die eigene Kindheit und Jugend.

Die öffentliche Auftaktveranstaltung begann mit einem Film „Kinder des Widerstands – vier Menschen und das Erbe des 20. Juli“ von Professor Bernhard Pfletschinger. Als er gefragt wurde, warum gerade dieses Thema, antwortete er, es gab nichts desgleichen.

Bei dem Diskussionsthema „Verräter in der Bundesrepublik, Helden in der DDR? – Kinder von Widerstandskämpfern und Emigranten gehen den historischen Einordnungen nach“, waren auch Dr. Hans Coppi (VVN-BdA-Berlin) und Alice Czyborra, Tochter von Peter Gingold (VVN-BdA-NRW) auf dem Podium.

Hans war bei seiner Großmutter in der DDR aufgewachsen, weil man seine Eltern, die Mitglieder der Roten Kapelle waren, in Plötzensee ermordet hatte. Er schilderte, dass die Begegnungen mit den Angehörigen Verlust und Trauer bargen und dass er den Ansprüchen, die ihm als Kind entgegen gebracht wurden, nicht gerecht werden konnte.

Und Alice berichtete von ihren Eltern, die in Frankreich im Exil gelebt hatten und die ihren Kampf nach dem Krieg in Frankfurt fortsetzten und der zu ihrem wurde.

Gespannt warteten die Podiumsmitglieder auf Fragen aus dem Publikum, als das Wort an die Zuhörern_innen gegeben wurde. Die nahmen es an, aber weniger um Fragen zustellen, sondern ihre Lebensgeschichten zu erzählen. Ein Mann erzählte von einer Kindheit mit viel Prügel, eine junge Frau vom Trauma einer Kriegsenkelin und dass auch die 3. Generation Beachtung finden sollte. Menschen aus der Nachbarschaft schilderten ihre Kindheit in Berlin während und nach dem Krieg.

Auch wenn einige sich weit vom Thema entfernten und immer wieder gestoppt werden mussten, wurde deutlich, hier war Nachholbedarf und es ist wichtig einfach mal zuzuhören.

Am Tag der Konferenz standen acht interessante Themen auf dem Programm.

Er begann mit einem Referat „Die Familien des politischen Widerstands im nationalsozialistischen Herrschaftssystem“. Prof. Dr. Heinz Sünker und Dr. Armin Nolzen berichteten über Sippenhaft, Streichungen der Sozialzuwendungen, Zerstörung der beruflichen Existenzen, Zwangsscheidungen, Sorgerechtsentzug beim Weiterführen der Ehe mit einem „Hochverräter“ sowie Überwachungen und Kontrollen, die den Alltag der Familien des politischen Widerstandes bestimmten. Generalisierung über die Kindern von Hochverrätern kann man kaum machen. Eltern beschützen ihre Kinder, man erzählt darum nicht viel. Kinder erzählen nichts von den Verhaftungen oder Ermordung der Eltern, nicht mal ihren Freunden. Die Kinder minimieren meistens das Eigenleiden und kommen in eine Einsamkeitsrolle, die nicht unterschätzt werden darf. Die spätere politische Tätigkeit hängt mit den Erfahrungen der Eltern zusammen, nur ein kleiner Teil engagiert sich später. Und dieser führt meistens den Weg der Eltern fort, ohne ihr Leid einzugestehen. Und „Wissen ist Macht“ hatten die Eltern den Kindern als Rat mit auf dem Weg gegeben. Soviel zu meinen Stichworten des Referates – im Kopf lief ein Nebenfilm mit vielen Erinnerungen und Parallelen, obwohl ich es anmaßend fand, denn ich war erst seit 1950 das Kind eines Hochverräters geworden.

Im privaten Gespräch aber mit den NRW-Kameradinnen hörte ich ähnliche Empfindungen.

Das Referat „Kinder von Vorbestraften“ – Diskriminierung und Verfolgung von in der VVN organisierten Eltern wurde von unseren Kameradinnen Christa Bröcher und Klara Tuchscherer (Mitbegründerin der Gruppe „Kinder des Widerstandes“) vorgetragen. Wechselseitig lasen sie ihre Erfahrungen vor.

Das war für mich persönlich ein Höhepunkt der Konferenz.

Christel Pieper, Kiel

65 Jahre VVN-BdA

Eine gemeinsame Veranstaltung der Kreisvereinigung Pinneberg mit der Landesvereinigung Schleswig-Holstein

Bereits im November 1946 stellte eine Gruppe „früher aus politischen, rasischen und religiösen Gründen in Pinneberg“ Verfolgter an die Britische Miltiärregierung den Antrag zur Genehmigung einer „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“. Nachdem der Antrag zunächst „weitergeleitet“ wurde, gründeten 1947 namhafte Antifaschistinnen und Antfaschisten, Überlebende aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern, aktive Teilnehmer am Widerstand und Rückkehrer aus der Emigration die Kreisvereinigung der VVN.

Sie waren angetreten, den Schwur von Buchenwald zu erfüllen und ahnten nicht, dass dieser 65 Jahre später nichts von seiner Aktualität verloren haben wird. Wir wollen die Gründergenation der VVN ehren, indem wir an die Geschichte unserer Vereinigung erinnern und den Schwur von Buchenwald immer wieder erneuern.

Im Rahmen einer festlichen Veranstaltung soll am Sonnabend, den 24. November 2012 von 15 bis 18 Uhr im Rathaus der Stadt Elmshorn das 65. Gründungsjahr der VVN-BDA gewürdigt werden.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der VVN-BdA Kreisvereinigung Pinneberg, sind Grußworte, u. a. von der Elmshorner Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzek, geplant.

Marianne Wilke, Ehrenvorsitzende der Landesvereinigung, wird zur wechselvollen Geschichte der VVN-BdA im Kreis und der Region referieren. Der Beitrag von Heinz Stehr ist der Geschichte des Elmshorner Gedenksteins für die Opfer aus dem Widerstand gewidmet. Für die Landesvereinigung wird der Vorsitzende Hartmut Büchsel sprechen.

Den kulturellen Rahmen werden mit Liedern und Texten Anna Haentjens und Maarten Slooves am Klavier sowie Dirk Wilke und Peter Schenzer gestalten.

Jürgen Brüggemann

Opfer von Neonazis will nicht schweigen

Vor gut einem Jahr berichtete die „ar“ von einer neonazistischen Straftat in Eutin. Betroffen war Volker Rätzke, Antifaschist aus Eutin, dem die Täter seinen Motorroller fahruntüchtig machten – wohl wissend, dass ihr Opfer aus gesundheitlichen Gründen auf das Fahrzeug angewiesen ist. Als Täter wurde ein Anführer der so genannten Autonomen Nationalisten ermittelt, der in Abwesenheit zu 150 Tagessätzen zu je 10 Euro verurteilt wurde. Der Angeklagte war nicht zum Prozess erschienen, auf eine Vorführung verzichtete das Gericht jedoch. So blieb weitgehend im Dunklen, was und aus welchen Motiven passiert war. Immerhin war der Angeklagte kein unbeschriebenes Blatt. In der Vergangenheit wurde ihm als führendes Mitglied der Neonazigruppe „AG 5“ die Beteiligung an 23 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund nachgewiesen. Immer kam er mit Bewährungsstrafen davon.

„Ich bin mit dem Ergebnis gar nicht zufrieden“, äußerte sich jetzt der Antifaschist in einer persönlichen Stellungnahme. In der Eutiner Politik habe der Vorfall bis heute kaum eine Rolle gespielt. Auch die Parteien und die Stadtvertretung schwiegen.

Nicht schweigen will der Eutiner Antifaschist. „Mir geht es nicht um Rache, aber um Gerechtigkeit, und dieser wurde nicht Genüge getan“, schreibt Volker Rätzke in einer im Oktober veröffentlichten Pressemitteilung. Über seinen Rechtsanwalt hat er vergeblich versucht, Antwort von der Lübecker Staatsanwaltschaft zu bekommen, ob weiter gegen den Neonazi und sein Umfeld ermittelt worden ist. Antwort erhielt er nicht.

„Mag sein, dass meine Pressemitteilung wieder zu einer Reaktion zu meinem persönlichen Schaden führt, aber das ist mir mittlerweile egal“, sagt der Eutiner Antifaschist enttäuscht.

Nur ein Name ist noch unbekannt

Neuer Gedenkplatz für sowjetische Kriegsgefangene in Albersdorf

Seit dem 1. September hat die Gemeinde Albersdorf in Dithmarschen eine neue Gedenkstätte. Auf dem Friedhof wurden vier Tafeln für 52 russische Kriegsgefangene des Ersten und Zweiten Weltkriegs aufgestellt. Ihre Namen waren bis vor kurzem nicht bekannt. Nach mühevoller Arbeit ist es dem Historiker und Kirchenarchivar Hans-Peter Maume gelungen, Licht in das Dunkel zu bringen und den zu Tode gekommenen Männern ihre Identität zurück zu geben.

Nur ein Name ist noch immer unbekannt. So steht hinter dem letzten Namen im Alphabet der Hinweis „Unbekannter Soldat“. Über ihn konnte Hans-Peter Maume weder etwas in den Kirchenbüchern noch in den Namenslisten der Stiftung Sächsischer Kulturbesitz finden, die umfangreiche russische Dokumente auswerten.

Zur Einweihung der Gedenkstätte kamen Menschen aus Nah und Fern nach Albersdorf. Einer der prominentesten Gäste war Wladimir Kukin von der russischen Botschaft in Berlin. Er erinnerte an die Schrecken der Weltkriege, die unermessliches Leid über die Völker gebracht haben. Tiefe Wunden seien gerissen worden, die bis heute nicht vernarbt sind. Kukin betonte die historische Verantwortung Deutschlands und Russlands für

→

Wir trauern um Nadja Kleinholz

In den Tagen um den 8. Mai,
Tag des Kriegsendes, Tag der Befreiung,
der Kapitulation des Nazireichs,
des Starts in eine neue Ära deutschen Lebens voller Chancen der Vernunft, des Mutes,
einer friedlichen deutschen Rolle in Europa,
in diesen Tagen turbulenten Zusammentreffens konträrer Trends und diverser gewichtiger Ereignisse,
ist es geboten, Prioritäten abzuwägen nach Maß des Präjudiz für alle:
Frieden.

Diese Worte stammen von Nadja, geschrieben als Vorbemerkung zu einem Reader zum 8. Mai 2011.

So habe ich Nadja kennen und schätzen gelernt.

Sich nicht mit einfachen Lösungen zufrieden geben!

Den Dingen auf den Grund gehen!

Den Meinungsstreit suchen, nicht um des Streites willen, sondern um den richtigen Weg zu finden.

Nadjas Wissensfundus war – so schien es mir zumindest – unerschöpflich. Ihre Fähigkeit, historisch zu denken, ermöglichten es ihr, das Denken und Handeln der politisch Verantwortlichen einzuordnen. Dabei war es Nadja wichtig, andere Mitstreiter/innen an ihrem Wissen teilhaben zu lassen. Nadja war es, die im „Zusammenarbeitsausschuss der Friedenskräfte in Schleswig-Holstein" immer darauf drängte, Seminare anzubieten, um uns, ihre Mistreiter/innen, diskussionsfähig zu machen, uns zu befähigen, als Multiplikatoren zu wirken. Im Monatsrhythmus brachte die Post das geballte Wissen unter die Menschen. Wenn das Telefon klingelte und Nadjas Stimme uns fröhlich begrüßte, waren wir gut beraten, einen bequemen Sessel heranzuziehen, denn das konnte dauern.



War immer vorn dabei: Nadja Kleinholz (links)

„Oma der Friedensbewegung", so nannten die Zeitungen des SHZ-Verlages Nadja vor etwa einem Jahr, und in dieser Formulierung war – für diesen Verlag eher ungewöhnlich – durchaus Respekt zu spüren für Nadjas Lebensleistung.

Nadjas Verhältnis zu der VVN-BdA war von kritischer Solidarität geprägt. Die zentralen Aussagen des Schwures von Buchenwald standen auch für Nadja im Zentrum ihres Denkens und Handelns: *Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.*

Am 24. Juni dieses Jahres ist Nadja nach langen Jahren der Krankheit verstorben.

Wir werden sie nicht vergessen.

Hartmut Büchsel

Eindrucksvolle Ausstellung zur Zwangsarbeit

Nur noch bis zum 4. November in der Gedenkstätte Ahrensbök

„Erinnerung an die Vergangenheit bewahren und die historische Wahrheit verbreiten" ist das Anliegen einer Ausstellung, die vom 14. Oktober bis 4. November in der Gedenkstätte Ahrensbök gezeigt wird. Mit Fotos, Dokumenten und bislang nicht veröffentlichtem Archivmaterial wird die Geschichte der Sklaven- und Zwangsarbeiter des Dritten Reiches aus Polen 1939 – 1945 dokumentiert. Die Ausstellung, die von der Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung erarbeitet wurde, ist erstmalig in Norddeutschland zu sehen.

Zwangsarbeit fand nicht nur in fernen Regionen, sondern überall statt, auch vor unserer Haustür.

Am 4. November um 15 Uhr endet die Ausstellung mit einem Harfenkonzert mit dem Möllner Musiker Stefan Battige.

Gedenkstätte Ahrensbök,
Flachsröste 16, (Bundesstraße 432),
Tel. 04525-493060,
regelmäßige Öffnungszeiten:
jeden Sonnabend und Sonntag
11.30 – 17 Uhr).

---

den Frieden in Europa und der Welt. Die Recherchen zur Klärung der Geschichte nannte der Diplomat einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Versöhnung.

Die 29 russischen Kriegsgefangenen des Erstes Weltkriegs waren 1915 von Ostpreußen direkt nach Dithmarschen gebracht worden, um das Osterrader/Offenbüttler Moor zu kultivieren. Todesursachen waren Fleckfieber und Unterernährung. Die 24 Opfer des Zweiten Weltkriegs waren beim Bau des Marinehafens in Schafstedt eingesetzt. Sie starben an Hunger, Erschöpfung und mangelnder medizinischer Versorgung.

Die Errichtung einer Grabanlage für die Kriegsgefangenen wurde nach der Befreiung vom Faschismus ebenso wie in Gudendorf (Dithmarschen) auf Befehl der britischen Besatzungsmacht angeordnet. Allerdings unterschied sich die Gestaltung der Grabanlagen sehr wesentlich. Während in Gudendorf eine Gedenkstätte auf großer Fläche geschaffen wurde, versteckte sich die Grabanlage in Albersdorf hinter dunklen Hecken und war für auswärtige Besucher kaum auffindbar. Das hat sich nun geändert. Von Blumeninseln umschlossen, erhielten die Grabplatten eine helle Kieselsteineinfassung, die der Gedenkstätte ein würdiges Aussehen verleiht.

Termine

Wedel 9. November 17 Uhr
Gedenkstein Rissener Straße (unterhalb Lidl); Redner: Pastorin Corinna Haas, Irmgard Jasker
Musik: Bläser der Christuskirche

Elmshorn 9. November 15 Uhr
Gedenkplatz am Flamweg; Redner: Bürgervorsteher der Stadt Elmshorn; Marianne Wilke, VVN-BdA

Lübeck
16. November 2012 um 19.00 Uhr
in der Diele, Mengstraße 43 in „Zeit für Zeugen". Dokumentarfilm, Lesung und Gespräch mit Silvia Gingold, Kassel. Der Film erinnert an das Lebenswerk von Ettie und Peter Gingold, die in der französischen Widerstandsbewegung Resistance gegen die Naziherrschaft kämpften. Er beinhaltet Interviews mit den Gingolds, historische Aufnahmen, sowie Interviews mit 24 Weggefährten.

Mölln Gedenken an den Brandanschlag in Mölln am 23.11.1992
17.11. bundesweite Demonstration ab 12.00 Bauhof Mölln
16.00-21.00 – Konzert im Gedenken an Bahide und Yeliz Arslan und Ayse Yilmaz. Ort: Stadtwerke-Arena, Moelln Liveübertragung mit Präsentation antirassistischer und antifaschistischer Initiativen
23.11. 15.00-19.00 – Offizielles Gedenken im Stadt Hauptmannshof, Mölln und Kranzniederlegung
19.00h Möllner Rede von Beate Klarsfeld
Am 23. 11. Baumpflanzung

Kassel 19. Friedenspolitischer Ratschlag am 1./2. Dezember in Kassel
30 Diskussionsforen und Workshops, 6 Plenarvorträge sowie eine abschließende Podiumsdiskussion!
- Die Rückkehr des Krieges in die Politik
- Vom arabischen Frühling in den globalen Winter?
- Die Abschottung des reichen Nordens gegen den armen Süden
- Wirtschaft, Politik, Militär und Medien: die unheilige Allianz
- Eine Welt ohne Krieg ist möglich

Universität Kassel, Wilhelmshöher Allee 73

Infotische der Neonazis abgeräumt

Kundgebungen oder Infotische der Neonazis hat es zwar gegeben, doch gab es fast immer Antifaschisten, die ihre Materialien „entsorgten" und ihre Propaganda entlarvten. Die jeweils 10 – 15 Neonazis aus Uetersen, Schleswig, den Kreisen Flensburg oder Rendsburg-Eckernförde wollten mit „Todesstrafe für Kinderschänder" die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Hintergrund ist die Unterbringung von Sexualtätern z.B. in Klappschau bei Schleswig. „Sie gehören nicht zu unserer Volksgemeinschaft" wurde in typischem Nazijargon verkündet. Abgesehen davon, dass die Todesstrafe in Deutschland aus gutem Grund abgeschafft wurde, war ihre so genannte „Volksgemeinschaft" in der Nazizeit der ideologische Vorwand für ihren Rassismus. Das dürfen wir heute nicht vergessen. *M.W.*

Kontakt:
- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel, [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t/online.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Dr. Jürgen Brüggemann, Kaltenweide 77, 25335 Elmshorn [juergen-christine@bruegge48.de]
- ▼ Wedel: Marlen Goischke, Trischenstr. 5d, 22880 Wedel, m.goischke@web.de
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde, [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckergang 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]
- ▼ Ost-Holstein, Volker Rätzke: [vr.vvnbdaoh@email.de]

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de
Neofakommission Küste: www.kueste.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58, gnn-koeln@netcologne.de

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- ☐ Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- ☐ Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von .... Euro*.
- ☐ Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- ☐ Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Name: ....

Adresse: ....

....

....

....

VVN-BdA

Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. – LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04351-666 08 05, Fax: M. Wilke, 04103-180 200,
E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G.
BLZ 216 617 19, KNR 4 332 970